

16. Februar 2006

Frau Oberbürgermeisterin,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

bereits in der Ratssitzung am 109.02.2005 stellte die CDU-Fraktion eine Resolution gegen die durch die SPD-/Grüne-Landesregierung geplante Auflösung des Polizeipräsidioms aufgrund des sog. Scheu-Gutachtens zur namentlichen Abstimmung.

Seinerzeit erhielt dieser Antrag lediglich die Zustimmung der CDU und der MBI. Die CDU ist auch weiterhin der Auffassung, dass das Mülheimer Polizeipräsidium erhalten bleiben soll und hofft, dass SPD und Bündnis 90 / Die Grünen – nachdem sie die Landesregierung nicht mehr stellen – nunmehr dieser heute zur Abstimmung gestellten Resolution ihre Zustimmung nicht erneut versagen.

Nachdem wir als CDU-Fraktion und Partei im Landtagswahlkampf Unterschriften für den Erhalt des Polizeipräsidioms gesammelt hatten, waren wir bei Abschluss der Koalitionsvereinbarung der neuen Landesregierung beruhigt, da dort eine orts- und bürgernahe Polizei zugesagt wurde und der Zusammenschluß von Kreispolizeibehörden ausschließlich auf freiwilliger Basis vorgesehen ist.

Als Haarspalterei empfinden wir nun, dass die Landesregierung erklärt, der damit verbundene mittelbare Bestandsschutz bezöge sich lediglich auf die Landkreise, nicht jedoch auf die Polizeipräsidien der Großstädte. Mit welcher Begründung sollen Kreise mit 150.000 Einwohnern weiterhin Kreispolizeibehörde sein, Großstädte mit mehr als 170.000 Einwohnern aber kein eigenständiges Polizeipräsidium behalten?

Dies, meine Damen und Herren, ist politisch nicht nachvollziehbar und läßt auch keine Strategie erkennen, es sei denn, die Auflösung von Polizeipräsidien bei jeweiligem Erreichen der Pensionsgrenze des jeweiligen Präsidenten bzw. der jeweiligen Präsidentin würde als Strategie anerkannt.

Wir haben unsere Formulierung der heute vorliegenden Resolution weitestgehend an der Formulierung der in Leverkusen vom dortigen Rat einstimmig verabschiedeten Resolution angeglichen, um es allen Ratsmitgliedern zu erleichtern, heute dieser Resolution zustimmen zu können. Ich bitte sie eindringlich, dieser Resolution zuzustimmen.

Zur Umsetzung der Zielrichtung dieser Resolution bedürfen wir einer weiteren breiten Unterstützung über die Städte Mülheim und Leverkusen hinaus. Deshalb bitten wir die Oberbürgermeisterin, sich beim Städtetag der Unterstützung für unseren Vorstoß zu versichern.

Denn auch in anderen Städten stehen in wenigen Jahren die Polizeipräsidenten an der Pensionsgrenze und die Polizeipräsidien dann vor der Auflösung.

Ich kann ihnen versichern, dass uns zwischenzeitlich die Unterstützung des Landkreistages Nordrhein-Westfalen zu unseren Bestrebungen in der Anhörung am 23.03. zugesagt wurde. Der Landkreistag hat eine Konzeption erarbeitet, bei Weiterbestehen der Kreispolizeibehörden allein in den Landkreisen 417 Stellen aus den Verwaltungen in den operativen Dienst der Polizei zu verlagern.

Würde der Städtetag diesem Beispiel folgen, wäre eine Auflösung unseres Polizeipräsidioms zur Erreichung des Ziels, die Verwaltung zugunsten der Verlagerung der Polizei auf die Straße, nicht erforderlich.

Paul Heidrich
Fraktionsvorsitzender